

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 07/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 29.02.2024,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:45 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Anke Maurer (bis 21:13 Uhr)	Johannes Osterkamp
Christian Kok	Marlin Meier	Britta Schmidt
Lars Köke	Janne Müller	Marcus Tödtheide (ab 19:10 Uhr)
Gabriele Mahro	Colin Nolte	Renee Wagner (bis 21 Uhr)
Vibke Martens (Bis 20:42 Uhr)	Jens Oppermann	

Fehlend: Martina Tallgauer-Bolte (e), Udo Schmitz (e), Kai Stührenberg (e), Azalea Rahman

Referent:innen: Frau Bryson (Gründordnung), Herr Schmidt (Umweltbetrieb Bremen), Frau Keser (AWO), Herr Nadrowski (Sozialressort), Frau Krapf (Bauressort)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Von der SPD-Fraktion wird dafür plädiert, dass der zuvor intern diskutierte Initiativantrag zu brynia e.V., welcher unter dem TOP Globalmittelanträge ergänzt werden sollte, nicht auf die Tagesordnung genommen wird. Die OAL erläutert kurz, dass dies ebenso im Sinne des Vereins brynia sei, dessen Vertreterin sich kurz vor der Sitzung an die OAL gewandt und signalisiert hatten, dass sie es bevorzugen würden, ggf. zu einem späteren Zeitpunkt mit einem Antrag auf das Ortsamt zuzukommen.

Die OAL schlägt vor, den ursprünglichen TOP 11 auf Wunsch der Referenten vorzuziehen zu TOP 7. Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten. Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Änderung. (einstimmig)

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung inklusive der oben genannten Änderung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 25.01.2024 (Nrn. 06/23-27)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

- Ein Bürger beschwert sich über die Dauer der Wartezeiten, um beim Bürger-Service-Center einen Termin zur Ummeldung zu erhalten und würde es begrüßen, wenn sich der Beirat aus dem Stadtteil heraus für eine bessere Personalsituation einsetzen würde.
- Ein Bürger aus der Delmestraße schildert, dass durch die Bauarbeiten am Delmemarkt im Zuge der Neupflanzung von Bäumen, manche Marktstände in die Rüdesheimer Straße verdrängt und dadurch teilweise weniger frequentiert würden. Er wirbt für Unterstützung seitens des Beirates. Er habe bereits ein Schreiben an den Großmarkt formuliert, welches die Aufforderung beinhaltet, sich eine neue Lösung für die Verteilung der Stände zu überlegen.

Auch die im Publikum anwesenden Betreiber des Biolandstandes (Biolandhof Steding) melden sich diesbezüglich zu Wort und unterstützen die Ausführungen des Vorredners. Sie erkundigen

sich, ob es durch den Fund eines Bunkers zu Verzögerungen komme. Die OAL verweist hierzu auf den Tagesordnungspunkt „Berichte des Amtes“, um die Situation zu erläutern.

- Ein Mitglied der Seniorenvertretung berichtet von einer kürzlich stattgefundenen Müllsammelaktion auf dem Menkenmarkt. Sie wirbt für zusätzliche Abfalleimer, da sich hier bislang nur einer befinde. Ende April finde eine erneute Sammelaktion statt (letzter Sonntag im April). Ein anderer Bürger beschwert sich in diesem Zusammenhang, dass die Stadtreinigung Müll nicht entsorgen würde, der sich auf entsprechenden Behältern türmt bzw. danebenliegt. Die OAL verweist auf die Möglichkeit des Beirates, der Stadtreinigung neue Standorte für Abfallbehälter nennen zu können.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- Der BS berichtet, dass ihn das Anliegen rund um den Delmemarkt ebenfalls über verschiedenen Kanäle erreicht habe und er sich hierzu im Austausch mit verschiedenen Akteuren befinde.
- Bericht von der Beirätekonzferenz: Das Gremium hat sich eine neue GO gegeben. Mit 2/3 Mehrheit wird künftig eine Befassung von Themen in der Stadtbürgerschaft ermöglicht, was der Beiratsarbeit aus Sicht des BS zugutekomme. Zudem werde eine neue Finanzierungssystematik der Offenen Kinder und Jugendarbeit thematisiert. Der BS wurde als Stellvertreter der entsprechenden Arbeitsgruppe benannt.

- **Berichte des Amtes**

- Udo Schmitz ist als Listennachfolger für die SPD über die Listenwahl zum 01.02.2024 in den Beirat Neustadt eingetreten.
- Der Container für den neuen Szenetreff am Hohentorspark wird voraussichtlich am 18.03.24 geliefert werden. In diesem Zuge soll der Container am Lucie-Flechtmann-Platz entfernt werden. Am neuen Platz sind noch Zäune, Beleuchtung und Sitzgelegenheiten zu schaffen. Hieran werde mit Hochdruck gearbeitet.
- Zur perspektivischen Nutzung und Belegung des Lucie-Flechtmann-Platzes hat kürzlich ein Treffen unter Beteiligung der Lucies (Urban-Gardening-Projekt) und Kulturakteuren in der Neustadt stattgefunden. Das Thema soll im FA SoBiJKG am 25.04.2024 weiter vertieft und besprochen werden.
- Geplante Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße: Die Planungen befinden sich in einem frühen Stadium. Hierzu soll zeitnah eine schriftliche Stellungnahme eingehen, welche den derzeitigen Stand skizziert. Der Beirat fordert zudem eine regelmäßige Berichterstattung seitens der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) ein.
- Geplante Umgestaltung der Langemarckstraße (Abschnitt zwischen Brill und Weserstraße): Die Maßnahme ist aufgrund fehlender Personalkapazitäten aktuell nicht in Bearbeitung. Auch hierzu wird das Ortsamt regelmäßig bei der Behörde anfragen.
- Für die Europawahl am 09.06.2024 werden noch Wahlhelfer gesucht. Interessierte können sich beim [statistischen Landesamt](#) melden.
- Bauverzögerung Delmemarkt: Die oben angesprochene Baumaßnahme hat letzte Woche begonnen. Die Baufirma ist nach ersten Grabungen auf einen Bunker gestoßen. Nun muss zunächst ein Statiker eingeschaltet werden und es entstehen zusätzliche Kosten und Verzögerungen. Auf die Frage, warum der Bunker erst jetzt entdeckt wurde, obwohl seine Existenz einigen Bürgern der Neustadt bekannt war, erklärt Iris Bryson (Grünordnung Bremen), dass die Planer im Beteiligungsverfahren keinen Hinweis auf den Bunker erhalten haben und er deshalb nicht berücksichtigt werden konnte. Die OAL kündigt an, weiterhin im Beirat zu berichten, wenn zur Thematik neue Erkenntnisse vorliegen.
- Von der Bürger:inneninitiative (BI) gepflanzte Bäume in der Delmestraße (Sachverhalt aus dem Jahr 2023): Die Bäume der BI in der Delmestraße und die zwei im Park gepflanzten Bäume sollen bis auf Weiteres an den Orten verbleiben „Burgfrieden mit SUKW“. Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) ist in Prüfung und Klärung wie Bäume in der Delmestraße und in anderen Straßen der Stadt gepflanzt werden können. Eine Rückfrage hierzu vom Ortsamt an den Staatsrat SUKW ist für Juni 2024 verabredet.

TOP 4. Berichte aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Da die beiden entsandten Mitglieder aus dem Beirat heute nicht anwesend sind, berichtet stellvertretend der BS. Der Ausschuss habe sich in seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung gegeben und sich darauf geeinigt, dass der Kampf für eine angemessene Gesundheitsversorgung im Bremer Süden nun auf eine konstruktive Weise fortgeführt werden müsse. Hierbei werde man jedoch die Versorgung des gesamten Bremer Südens in den Blick nehmen. Im Rahmen der kommenden Beiratssitzung soll ein ausführlicherer Bericht der Ausschussmitglieder erfolgen.

TOP 5. Vorstellung zur Halbzeit der WiN-Förderperiode

Zum Tagesordnungspunkt erfolgt eine [Präsentation](#) durch den Referenten des Sozialressorts (Herr Nadrowski)

Im Anschluss bedanken sich die BM. Ein Mitglied der SPD-Fraktion bittet um Darstellung der Quartiersgrenzen, welche Herr Nadrowski im Nachgang zur Verfügung stellen möchte. Außerdem lobt die SPD, dass die WiN-Förderung positive Auswirkungen zeige. Nun müsse man damit umgehen, dass die Förderungen geringer ausfallen und neue Wege finden, die erfolgreich entwickelte Vernetzung der Akteure in WiN-Gebiet beizubehalten, wofür jedoch auch weiterhin Gelder bereitgestellt werden müssten.

Ein Beiratsmitglied der FDP bedankt sich ebenfalls und bestätigt die positive Entwicklung des Ortsteils. Insbesondere durch das WiN-Forum bestehe eine sehr gute Vernetzung. Sie wünsche sich, dass dieses Netzwerk erhalten bleibt.

Frau Krapf vom Bauressort betont, dass weitere Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Beiratsmitglieder der Fraktion DIE LINKE plädieren dafür, weiterhin ein institutionalisiertes Stadtteilmanagement zu erhalten und aus dem Beirat heraus Schwerpunkte zu setzen, um Punkte aus der [Gesamtbetrachtung](#) zu forcieren und weiter voranzubringen.

Der BS bedankt sich und nimmt erfreut zur Kenntnis, dass auch die Senatsressorts weiterhin Förderbedarf sehen, sodass eine Anschlussperspektive erhalten bleibt. Es sei klar, dass das Budget geringer ausfallen werde. Er hoffe, dass man im Gespräch bleibe um eine tragfähige Variante zu finden.

TOP 6. Vorstellung zum Projekt Fuß- und Radweg Kleine Weser (Nordufer)

Zum Tagesordnungspunkt erfolgt eine [Präsentation](#) durch Frau Bryson von der Grünordnung sowie von Herrn Schmidt vom Umweltbetrieb Bremen.

Die Beiratsmitglieder bedanken sich anschließend für die Vorplanung und die Vorstellung. Der BS befürwortet, dass Schlammwege in gut befahrbare Radwege umgewandelt werden. Zusätzlich zu Menschen mit körperlichen Einschränkungen, seien derartige Maßnahmen auch für Kinderwagen sehr hilfreich. So handele es sich insgesamt um ein zu begrüßendes Vorhaben. Außerdem bedankt er sich für den frühen Beteiligungszeitpunkt. Ein anderes BM der Grünen betont, dass schon jetzt auf der Südseite der Kleinen Weser zu viel Verkehr herrsche und deshalb dringend eine Ausweichstrecke erforderlich ist.

Ein BM der Fraktion DIE LINKE plädiert für noch mehr Sitzbänke und auch für Beleuchtung entlang des Weges.

DIE PARTEI äußert sich erfreut darüber, dass keine Beleuchtung geplant ist, da ohnehin eine zunehmende und massive Lichtverschmutzung zu verzeichnen sei, was insbesondere ein Problem für viele Tierarten, wie z.B. Fledermäuse darstelle. Wer hier nachts mit dem Fahrrad unterwegs ist, müsste ohnehin mit entsprechendem Licht ausgestattet sein. Er plädiert jedoch für reflektierende Straßenmarkierungen, um die Unfallgefahr zu verringern.

Die CDU plädiert aus Sicherheitsgründen für eine Beleuchtung und äußert Bedenken, dass trotz der hohen Fördermittel ein Eigenanteil bleiben würde, der in Anbetracht der hohen Gesamtkosten nicht außer Acht zu lassen sei.

Frau Bryson betont, dass der Bedarf bereits seit einigen Jahren von verschiedenen Akteuren wie dem Beirat, dem ADFC und vielen Bürgerinnen und Bürgern an die Behörden herangetragen wurden.

Außerdem verweist sie in Hinblick auf die Forderungen nach einer Beleuchtung darauf, dass es sich beim betreffenden Bereich um eine Grünanlage handelt. Hier herrsche die strikte Vorgabe, keine zusätzliche Beleuchtung zu installieren, sofern ein Umweg um den Bereich zumutbar ist. Wer auf zusätzliche Straßenbeleuchtung angewiesen ist, könne jederzeit an einer beleuchteten Straße fahren. Außerdem sei das Radfahren in öffentlichen Grünanlagen erlaubt und es handele sich bei den zu akquirierenden Fördermitteln explizit um Radverkehrsfördermittel, weshalb der Radverkehr betont werde. Selbstverständlich stünde die Befahrung jedoch allen (nicht motorisierten) Verkehrsteilnehmenden frei.

Herr Schmidt ergänzt bezüglich der Versiegelung, dass auch der jetzige Weg durch die mehrfache Aufschotterung technisch bereits versiegelt sei. Hinsichtlich der Versickerung sei der Verzicht auf Versiegelung zwar wünschenswert, jedoch sei dann überhaupt keine Wegebefestigung möglich. Die Versickerung erfolge über den ausreichend vorhandenen Grünstreifen und das Wasser würde somit dem Grundwasser zugeführt.

Zu möglichen Konflikten mit den Planungen zur Kleinen Weserbrücke äußert Herr Schmidt, dass dies bedacht werde, auch wenn nicht ausgeschlossen werden könne, dass kurze Wegstücke zwischenzeitlich wieder zurückgebaut werden müssen.

Der Baubeginn hänge laut Frau Bryson von der Beantragung der Fördermittel ab, frühestens sei 2025 damit zu rechnen.

Ein Bürger plädiert nochmals für Beleuchtung (z.B. temporäre Beleuchtung oder Bewegungsmelder).

Der anwesende Vertreter des ADFC bedankt sich dafür, dass die Anregung des ADFC aufgenommen wurde und begrüßt das Vorhaben ausdrücklich.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt den geplanten Ausbau der Fuß- und Radwegeverbindung am Nordufer der Kleinen Weser und bittet um entsprechende Umsetzung. (einstimmig)

TOP 7. Situation in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße

Nach Aufrufung des Tagesordnungspunktes kündigt Jens Oppermann (SPD) an, nicht an der folgenden Debatte sowie der Abstimmung zum geplanten Beschluss teilzunehmen, da er im Vorstand des Vereins SpielLandschaftStadt e.V. tätig ist, welcher von der zu besprechenden Thematik betroffen ist. Er setzt sich ins Publikum.

Frau Keser und Frau v. Schehen von der AWO stellen die Landesaufnahmestelle (LAsT) in der Duckwitzstraße vor, wo 300 Plätze für Geflüchtete geschaffen wurden. Der Betrieb werde mit Hilfe von 16 Mitarbeitern und einem 24 Stunden anwesenden Sicherheitspersonal sichergestellt. Es bestünden verschiedene Projekte mit Kooperationspartnern wie der Stadtbibliothek und auch SpielandschaftStadt e.V. Im Jahr 2023 seien bereits insgesamt 12 Einsätze des Bewegungs- und Ernährungsmobils (BEMIL) erfolgt. Außerdem hätten zehn Aktionen stattgefunden, die durch das Projekt „mobile Aktion Bewegung und Ernährung“ des deutschen Kinderhilfswerkes finanziert wurden. Vor dem Hintergrund, dass Fördergelder eingestellt wurden, erfolge heute die Vorstellung im Beirat, sodass hoffentlich weiterhin eine Förderung der Projekte erfolgen könne. Besondere Problemstellungen würden darin liegen, dass es trotz des hohen Kinderanteils wenig Beschäftigungsmöglichkeiten gebe. Außerdem verfüge die Einrichtung nicht über ein Außengelände. Erschwerend komme hinzu, dass die Kinder aufgrund des ungeklärten Asylstatus nicht am Regelschulsystem teilnehmen können. Auch verfüge die Anlage nicht über Projekt- oder Freizeiträume.

Im Anschluss an die Vorstellung bedanken sich mehrere Beiratsmitglieder für die Präsentation und die Arbeit der Einrichtung.

Bezüglich einer entsprechenden Frage aus dem Publikum, erläutern die Referentinnen, dass die Verweildauer von Menschen in der Einrichtung stark variere (zwischen wenigen Wochen bis zu ca. einem Jahr).

Zum vorliegenden Beschlussvorschlag der SPD ist der folgende Änderungsantrag (als Ergänzung am Ende des Beschlusstextes) der Fraktion DIE LINKE eingegangen:

„Der Beirat Neustadt würde es begrüßen, wenn die AWO Kontakt zu umliegenden Sportvereinen aufnähme und so Sportmöglichkeiten für die Geflüchteten angeboten werden könnten. Weiterhin setzt sich der Beirat Neustadt dafür ein, dass die Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft auf ein Mindestmaß reduziert wird und die Geflüchteten die Möglichkeit erhalten, frühzeitig in private Unterkünfte entlassen zu werden.“

Zunächst wird über den Änderungsantrag abgestimmt (9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag (inklusive der Ergänzung am Ende des Beschlusstextes).

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt die wichtige Arbeit der Landesaufnahmestelle (LAsT) in Trägerschaft der AWO auf dem ehemaligen Staples Gelände in der Duckwitzstraße und wird diese Arbeit nach Möglichkeit unterstützen. In der Einrichtung leben derzeit ca. 260 Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zum größten Teil in 8 Bett-Zimmern friedlich miteinander. Die Einrichtung verfügt über eine Gemeinschaftskantine, Gemeinschaftsduschen und Sanitäranlagen. Derzeit befinden sich 60 Kinder in der LAsT. Die Aufenthaltsdauer beträgt in der Regel mehrere Monate (in Einzelfällen über ein Jahr) bis zum Abschluss des BAMF-Verfahrens (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Für die Kinder gibt es lediglich ein Spielzimmer, in dem sich gleichzeitig nur 6 von Ihnen aufhalten können. In der näheren Umgebung finden sich keine Freiflächen, auf denen die Kinder ansonsten spielen könnten. Die Lebensqualität in der Einrichtung ist stark eingeschränkt, so dass es kaum private Rückzugsmöglichkeiten gibt. Der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiter:innen der Einrichtung ist es zu verdanken, dass es kaum zu Auseinandersetzungen zwischen den Bewohner:innen der Einrichtung kommt. Der Beirat Neustadt würde es begrüßen, wenn die AWO Kontakt zu umliegenden Sportvereinen aufnähme und so Sportmöglichkeiten für die Geflüchteten angeboten werden

könnten.

Weiterhin setzt sich der Beirat Neustadt dafür ein, dass die Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft auf ein Mindestmaß reduziert wird und die Geflüchteten die Möglichkeit erhalten, frühzeitig in private Unterkünfte entlassen zu werden. (einstimmig)

Anschließend wird vom BS angeregt, zum Thema passend, über den Globalmittelantrag (Initiativantrag des Beirates zur Finanzierung von 10 Einsätzen des Bewegungs- und Ernährungsmobils (Bemil) in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße) abstimmen zu lassen (siehe TOP 11 a)). Alle Beiratsmitglieder sind damit einverstanden.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt 3.500 € für 10 Einsätze des Bewegungs- und Ernährungsmobils (Bemil) in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße zur Verfügung. (einstimmig)

Nach der Abstimmung über den Globalmittelantrag nimmt Jens Oppermann wieder auf der Seite der Beiratsmitglieder an der Sitzung teil.

TOP 8. Stellungnahme zu: Antrag des KUKOON auf Sondergenehmigung für die Nutzung des Zentaurenparks (Gastronomie und Kultur) im Zeitraum vom 13.05.-18.08.2024

Der im Publikum anwesende Vertreter des KUKOON stellt das zum Antrag gehörige Konzept kurz vor.

Das Angebot zeichne sich dadurch aus, dass kein Konsumzwang herrsche und die Sitzflächen für alle Menschen zur Verfügung stehen.

Anschließend bringen mehrere BM zum Ausdruck, dass sie das Vorhaben des Kukoon begrüßen, da sich die Außengastronomie im Zentaurenpark in den letzten Jahren zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt habe, welcher eine Bereicherung für die Neustadt darstelle, da er alle Menschen willkommen heiße.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt das Vorhaben des Kukoon zur Nutzung des Zentaurenparks für gastronomische und kulturelle Zwecke im Zeitraum vom 13.05.-18.08.2024 ausdrücklich. (einstimmig)

TOP 9. Beschlussfassung zu: Weiterverfolgung der Bauprojekte „Kleiner und Großer Weserquerung“

Zum TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der Fraktion B 90/ DIE GRÜNEN vor, welcher eingangs vom BS vorgestellt wird. Die bereits für Ende 2023 geplante Vorstellung zum Bauprojekt „Großer Wesersprung“ wurde mehrfach verschoben. Zurzeit sei ungewiss, ob bzw. wann die Bauprojekte weiterverfolgt werden sollen. Dem Beirat sei sehr daran gelegen, die Vorhaben weiter voranzutreiben, weshalb der vorliegende Beschlussvorschlag erarbeitet wurde. Für die Projekte bestehe eine Förderzusage des Bundes in Höhe von 90% der Baukosten.

DIE LINKE begrüßt den Vorschlag und bringt vor dem Hintergrund der Verzögerungen gleichzeitig den Vorschlag ein, als zusätzliche (und schnell umsetzbare) Maßnahme, eine Autospur an der Wilhelm Kaisen in eine Fahrradspur umzuwandeln. Hiermit müsse man sich jedoch nochmal im Fachausschuss für Mobilität und Stadtentwicklung befassen.

Die FDP erachtet es vor dem Hintergrund der finanziellen Situation als unverantwortlich, jetzt eine Fahrradbrücke weiter zu planen.

Die SPD erachtet den Antrag zurzeit als nicht hilfreich, da die finanzielle Lage sehr unklar sei.

Die Grünen ergänzen, dass von der Finanzierung der Fahrradbrücken die Sanierung der anderen Weserbrücken nicht nachteilig betroffen sein dürfen. Jedoch sollten die Brückensanierungen insbesondere vor dem Hintergrund der Klimakrise nicht auf Kosten der Weiterentwicklung von Fuß- und Radwegen geschehen.

Die CDU schließt sich den Bedenken der SPD und der FDP an und kündigt an, gegen den Antrag zu stimmen.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) auf, die Planungen und den Bau des kleinen und großen Wesersprungs für Fußgänger*innen und Radfahrende weiterhin mit Nachdruck voranzutreiben. Insbesondere für die Neustädter*innen links der Weser sind diese beiden Brücken elementar für eine sicherere, bequeme und vielfältigere Anbindung an die Innenstadt und die sich anschließenden Stadtteile. Außerdem sind sie wichtiger Bestandteil der notwendigen Verkehrswende. Der Beirat Neustadt fordert dazu von der SBMS, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit noch in der aktuellen Legislaturperiode mit dem Bau des kleinen und großen Wesersprungs begonnen werden kann. Ebenso fordert der Beirat die SBMS auf, die Planungen für den großen Wesersprung zeitnah im Beirat Neustadt vorzustellen.

Begründung: Belastbare Brücken sind ein notwendiger und zugleich identitätsstiftender Bestandteil Bremens als Stadt am Fluss. Sie sind für die Mobilität der Bremer*innen unverzichtbar und sollten in ausreichender Anzahl und mit geringen Abständen zueinander vorhanden sein; dies gilt insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Risikovorsorge, sollte es - wie kürzlich bei der Bürgermeister-Smidt-Brücke geschehen - notwendig werden, Einschränkungen der Nutzung anordnen zu müssen. Zudem sorgen Brücken dafür, dass die einzelnen Stadtteile rechts und links der Weser besser miteinander verbunden und jeweils auf kurzem Weg erreichbar sind. Der Beirat Neustadt begrüßt daher, dass die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung den Erhalt, die Ertüchtigung und die Erneuerung der Wilhelm-Kaisen-Brücke und der Bürgermeister-Smidt-Brücke angehen möchte.

Medienberichten ist jetzt allerdings zu entnehmen, dass die geplanten sog. Wesersprünge (also zwei zusätzliche Brücken für Fußgänger*innen und Radfahrende von der Neustadt in die Innenstadt) deshalb mit weniger Nachdruck vorangetrieben werden sollen, als dem Beirat Neustadt gegenüber bisher immer wieder angekündigt und versichert wurde. Das hat der Beirat mit großem Befremden zur Kenntnis genommen, denn er beurteilt diese beiden Brücken als einen unverzichtbaren Bestandteil einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Denn sie werden zusätzliche Emissionsminderungen im Verkehrsbereich erzielen, da sie noch mehr Menschen ermöglicht, immer häufiger gerne und bequem Fahrräder und den ÖPNV für ihre Wege in der Stadt nutzen.

Zurzeit ist die Situation auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke sowohl für Fahrradfahrende als auch für Fußgänger*innen oft nicht mehr sicher. Der Raum, der für diese beiden Gruppen von Verkehrsteilnehmer*innen zur Verfügung gestellt wird, ist wegen der in den letzten Jahren immer weiter angestiegenen Zahl von insbesondere Fahrradfahrenden nicht mehr ausreichend. Insbesondere für Kinder und ältere Menschen – aber auch andere klagen über die derzeitigen Zustände - stellt sich die Befahrung der Brücke mit dem Fahrrad als besonders herausfordernd und für zahlreiche Menschen angstausslösend dar. Die beiden neuen Weserbrücken sollen und werden diese gefährliche Verkehrssituation entschärfen: viele Fahrradfahrende werden mit den beiden neuen Brücken einen sicheren und komfortablen Weg von der Neustadt und den südlich gelegenen Stadtteilen in die östliche Innenstadt und die weiteren östlichen und nordöstlichen Stadtteile Bremens finden. Deshalb werden viele Menschen auch für weitere Wege wieder gerne das Fahrrad nutzen. (7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Aus dem Publikum wird im Anschluss an die Beschlussfassung die Anregung geäußert, die Wilhelm-Kaisen-Brücke jeweils nur einseitig für Radfahrende freizugeben.

Hinsichtlich Fragen zur Kostenschätzung wird darauf verwiesen, dass entsprechende Auskünfte von der Behörde SBMS zu geben wären. Da die Planung derzeit jedoch auf Eis liege, müsste zunächst abgewartet werden.

Der FA-Sprecher plädiert dafür, die Verkehrssituation der Wilhelm-Kaisen-Brücke im FA MobS zu befassen.

TOP 10. Beschlussfassung zu: Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Neustadt

Zum TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der SPD-Fraktion vor, welcher eingangs vorgestellt wird. Zwar habe es in den letzten Jahren immer wieder leichte Erhöhungen gegeben, allerdings seien diese längst nicht ausreichend. Aufgrund der Sozialindikatoren stünde der Neustadt zu wenig Geld zur Verfügung, was zu der Schließung einer Einrichtung führen könne. Beim Beschlussvorschlag handele es sich um eine grundsätzliche Positionierung zur zukünftigen Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Die Grünen halten den Zeitpunkt für den Antrag für nicht ideal, da hierzu derzeit Gespräche geführt würden. Zudem habe der Beirat innerhalb des letzten Jahres mehrere Beschlüsse zur Thematik gefasst.

Die LINKE unterstützt den Antrag. Ihrer Ansicht nach sei es sinnvoll, sich entsprechend zu positionieren.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert für das Jahr 2024 eine ausreichende Finanzierung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Neustadt. Die ausreichende Finanzierung soll auf Grundlage der folgenden Kriterien ermittelt werden:

- **Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen für 5% der in der Neustadt lebenden Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 21 Jahren bereit gehalten werden.**
- **Für je 50 Kinder und Jugendliche soll eine Jugendeinrichtung finanziert werden. Die Jugendeinrichtung soll mindestens zwei Fachkräfte beschäftigen.**
- **Für jede Einrichtung sind Betriebskosten für Miete und Nebenkosten in angemessener Höhe bereit zu stellen.**
- **Für jede Einrichtung sind Programmkosten in angemessener Höhe bereit zu stellen. Für die Neustadt sind im Jahr 2024 nach diesen Kriterien Mittel für vier Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu finanzieren, um eine ausreichende Anzahl von Angeboten für die in der Neustadt lebende Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 21 Jahren bereit zu stellen. (7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen)**

TOP 11. Beschlussfassung zu: Kompetenzerweiterung der Bremer Stadtreinigung

Zum TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der CDU-Fraktion vor, welcher eingangs vorgestellt wird.

Die LINKE wendet ein, dass ein entsprechender Vorstoß bereits vor Monaten in die Bürgerschaft eingebracht worden war.

Die Grünen äußern, dass es trotzdem sinnvoll sei, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, um die Position des Beirates zu unterstreichen.

Auch die SPD befürwortet das Ansinnen grundsätzlich, verweist jedoch ebenfalls auf den Vorstoß in der Bürgerschaft und plädiert dafür, die hier zu laufenden rechtlichen Prüfungen abzuwarten. Die SPD erklärt, dass sie gegen den Antrag stimmen wird.

Beschluss: Der Beirat Neustadt

- 1. fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf, die Bremer Stadtreinigung (DBS) zu autorisieren, Verursacher illegaler Müllablagerungen ordnungsrechtlich zu sanktionieren.**
- 2. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, das Ordnungsamt so personell auszustatten, dass die Kontrollintervalle im Bereich von Müll- und Wertstoffsammelplätzen in Neustadt intensiviert und illegale Müllablagerungen konsequent geahndet werden können. Die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer soll zeitnah und ebenfalls konsequent umgesetzt werden.**

Begründung: Derzeit ist für die Verfolgung von angezeigten Ordnungswidrigkeiten gegen abfallrechtliche Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft zuständig. Die Bremer Stadtreinigung (DBS) verfügt allerdings nicht über die Kompetenzen, Personalien von Müllsündern aufzunehmen, Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten und Bußgelder zu verhängen. Ganz anders stellt sich die Situation in Hamburg dar. Die Stadtreinigung Hamburg ist seit Januar 2018 befugt, Ordnungswidrigkeiten, unter anderem bei Verstößen gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz, durch sogenannte „WasteWatcher+“ selbst zu verfolgen. Es ist wichtig, dass Bremen zusätzliche Maßnahmen ergreift, um Müllverschmutzung zu reduzieren, die Wiederverwertung zu fördern und das Bewusstsein für die Bedeutung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft zu schärfen. Nur durch koordinierte Bemühungen kann langfristig eine saubere und gesunde Umwelt erhalten werden. Bereits in der 20. Legislaturperiode hat der Senat angekündigt zu prüfen, die Kompetenzen im Bereich der Abfallüberwachung bei der DBS auszubauen. Das ist bisher nicht geschehen! Zudem müssen die Kontrollintervalle im Bereich von Müll- und Wertstoffsammelplätzen intensiviert werden und die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer zeitnah und konsequent erfolgen. (6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 12. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

- a) Initiativantrag des Beirates zur Finanzierung von 10 Einsätzen des Bewegungs- und Ernährungsmobils (Bemil) in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße (Nr.8/2024)**

[Siehe Beschluss unter TOP 7](#)

- b) Kulturbeutel e.V.-Verein zur Förderung kultureller Vielfalt, Kulturtage im IRGENDWO 2024, Antragssumme: 4.501,99 € (Nr. 1/2024)**

Auf Nachfrage eines Beiratsmitgliedes der SPD erläutern die Projektvertreter, dass für die Kulturtage keine Erlöse aus Ticketverkäufen erzielt werden, da es sich im Gegensatz zu anderen Veranstaltungen des IRGENDWO um ein Gratisangebot handele.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt 4.501,99 € für die Kulturtage im IRGENDWO 2024 zur Verfügung. (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

c) **Kulturnetz e.V., Bremer Zine Festival 2024, Antragsumme: 3.900,00 € (Nr. 03/2024)**

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt 3.900,00 € für die Durchführung des Bremer Zine Festivals 2024 zur Verfügung. (einstimmig)

d) **Schulverein Grundschule an der Oderstraße e.V., Integrative Bewegungsgruppe (EBI), Antragsumme: 5.760,00 € (Nr. 06/2024)**

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Schulverein Grundschule an der Oderstraße e.V. 5.760,00 € für die Fortführung der Integrativen Bewegungsgruppe (EBI) zur Verfügung. (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 13.Verschiedenes

-

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung